

Stellungnahme DIE LINKE Baden-Württemberg

von Wahlkreiskandidat Martin Auerbach

1. Verlässlichkeit der Betreuung

Frage: Welche konkreten, kurzfristig wirksamen Maßnahmen plant Ihre Partei, um verlässliche Betreuungszeiten (z. B. Ganztagsangebote, vereinbarte Abhol-/Bringzeiten) auch bei Personalengpässen dauerhaft sicherzustellen? Bitte nennen Sie Zeitplan und Finanzierungsquelle.

Antwort:

Es braucht umgehend mehr Personal für die einzelne Kita und einen auskömmlichen Springerpool. Als Land kann man hier nur die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen bzw. die Kommunen finanziell besser unterfüttern. Anstellungsträger ist und bleibt das die jeweilige Stadt.

Jedoch: Warum soll man die vorgehaltenen Kitaplätze nicht mit dem Land abrechnen können?

2. Personalgewinnung und -bindung

Frage: Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um genügend Fachkräfte für Kitas und Schulkindbetreuung zu gewinnen und zu halten (z. B. Vergütung, Ausbildungskapazitäten, Quereinsteigsprogramme, tarifliche Regelungen, Arbeitszeitmodelle)? Nennen Sie messbare Ziele und das dazugehörige Budget.

Antwort:

Ähnlich wie in der Pflege gibt es für die Betreuung in Kita und schulischem Ganztag eigentlich genügend Fachkräfte. So lange die Arbeitsbedingungen so sind – arbeiten sie lieber in anderen Berufsfeldern. Über den VKA (Verband kommunaler Arbeitgeber bundesweit) könnte man sich im Rahmen der Tarifverhandlungen gütlich einigen und Verbesserungen schaffen – der VKA sieht sich hier bislang nicht in der Pflicht. Was die Finanzierung betrifft – ist immer die Frage wofür das Geld verwendet wird. Große Beträge könnten beispielsweise durch die Umstellung von Microsoftprodukten auf „open source“ generiert werden oder durch die Re-Verstaatlichung von allem, was unter dem Begriff „Daseinsvorsorge“ firmiert.

3. Schulkindbetreuung / Ganzttag und Übergänge

Frage: Wie möchte Ihre Partei die koordinierten Übergänge zwischen Hort, Offener Ganzttagsschule (OGS) und schulischen Ganztagsangeboten sowie verlässliche Ferienbetreuung sicherstellen? Welche Mindestpersonalschlüssel und Qualitätskriterien sollen gelten? Wie gehen Sie damit um, wenn vorhandene Plätze für die Erfüllung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/2027 für die neuen Erstklässler nicht ausreichen, um den Platzbedarf zu decken?

Antwort:

Hier ist wieder vor allem die Kommune gefragt – das Land kann aber mit finanziellen Anreizen unterstützend wirken.

4. Notfall-/Ersatzkonzepte & Qualitätswahrung

a) Frage: Welche rechtlichen/operativen Vorgaben schlagen Sie vor, damit bei kurzfristigen Personalausfällen Betreuungszeiten nicht einseitig reduziert werden (z. B. verpflichtende Vertretungsreserven, Poolkräfte, kooperative Ersatzmodelle zwischen Trägern)?

b) Frage: Welche Betreuungsformen sind Ihnen als Partei besonders wichtig und welche Maßnahmen sehen Sie als notwendig an, damit die Kinder qualitätsgesichert betreut und gebildet werden?

Antwort:

Zum Einen muss man die Angebote ausbauen und für die Beschäftigten attraktiv gestalten. Zum anderen müssen die Eltern finanziell entschädigt werden, wenn die Kommune ihrer Verpflichtung nicht nachkommt.

5. Kapazitätsausbau & Infrastruktur

Frage: Welche konkreten Ausbau- und Modernisierungspläne (Platzschaffung, Tagesstruktur, Raumausstattung) fördern Sie für städtische und freie Träger — und wie stellen Sie sicher, dass Bedarfe in einzelnen Kommunen (z. B. wachsende Ortsteile) priorisiert werden?

Antwort:

Das könnte ich als Landtagsabgeordneter nicht sicherstellen – aber ich könnte mich als Gesprächspartner anbieten und versuchen zu vermitteln. Auch hier kann das Land lediglich schauen, dass es finanziell attraktiv ist – aber nicht in die kommunale Hohheit hinein regieren.

6. Transparenz, Monitoring und Bürgerbeteiligung

Frage: Wie will Ihre Partei Verlässlichkeit, Personalsituation und Betreuungsqualität regelmäßig messen und öffentlich berichten (Indikatoren, Mindestberichtspflichten, Sanktionen bei Nichterfüllung)? Wie werden Eltern und Beschäftigte in die Lösungsfindung eingebunden?

Antwort:

Einen landesweiten „Kitakongipfel“ mit Vertreter*innen der Kommunen, der Landesparteien, Gewerkschaften und vor allem Elternbeirat*innen und gelosten Betroffenen könnte ich mir sehr gut vorstellen.

7. Finanzierbarkeit

Frage: Wie sollen die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung auf vorstehend genannte Antworten finanziert werden?

Antwort:

Es wäre einfach nun auf die „Vermögenssteuer“ zu verweisen, aber da diese erstmal vom Bund erhoben wird, schlage ich folgendes vor: Fürs erste nehmen wir das Geld aus einem zu bildenden Sonderfonds (die grünschwärze Landesregierung sitzt auf ungefähr 10 mrd. Euro, die sie die letzten Jahre zusammen gespart haben) und ab dem nächsten Haushalt pflegen wir diese Ausgaben verbindlich ein und sparen stattdessen am Straßenbau, der Präsenz in Brüssel und anderen Prestigeobjekten...

Wir bedanken uns herzlich für die Stellungnahme und die Bereitschaft zum Dialog mit unserer Kitastrophe Ostfildern!